## Politische Gruppierungen und Wahlen zum Europäischen Parlament

Karin Wiest

Deutschland

in Prozent

80

60

40

20

EU-Wahlergebnisse 1979-2004

1979 1984 1989 1994 1999 2004

© Leibniz-Institut für Länderkunde 2005

Das seit 1958 bestehende Europäische Parlament wird seit Juni 1979 alle fünf Jahre direkt gewählt und ist das einzige durch die Bürger direkt bestimmte Organ der Europäischen Union. Im Verlauf des in den 1990er Jahren intensivierten europäischen Integrationsprozesses hat es sich schrittweise von einer beratenden Versammlung zu einem Parlament mit Gesetzgebungs- und Kontrollbefugnis entwickelt. Die Zahl der Abgeordneten je Mitgliedsstaat wird vertraglich entsprechend der Bevölkerungsstärke und der politischen Ausgewogenheit in der Repräsentanz der einzelnen Länder festgesetzt. Mit den zehn neuen Beitrittsstaaten des Jahres 2004

PDS

FDP

CDU

SPD

ist die Anzahl der Mandate im Europäischen Parlament zumindest vorübergehend auf 732 angestiegen. Während andere Länder die Zahl ihrer Abgeordneten vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung reduzieren mussten, ist die Bundesrepublik Deutschland mit nach wie vor 99 Sitzen das Land, das die meisten Abgeordneten nach Straßburg entsendet. Trotz des größten Bevölkerungsanteils der EU von etwa 18% stellt Deutschland damit dennoch nur 12% der Mandate.

## Wahlbeteiligung

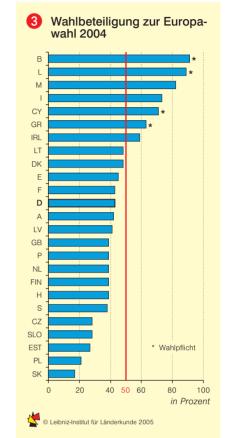
Seit dem 1993 in Kraft getretenen Maastrichter Vertrag können alle Bürgerinnen und Bürger eines Mitgliedsstaates im Wohnsitzland wählen und gewählt werden. Da ein einheitliches europäisches Wahlrecht fehlt, geschieht dies nach den jeweiligen nationalen Wahlordnungen. Die Wahlbeteiligung innerhalb der EU weist nicht zuletzt deshalb erhebliche zwischenstaatliche Differenzen auf, die im starken Maß die unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen widerspiegeln, unter denen die EU-Wahlen vollzogen werden. Direkte Rückschlüsse auf das Interesse der Bürger an der Europapolitik sind deshalb nicht ohne weiteres zulässig. Parallel zu den EU-Wahlen stattfindende Regional- oder Kommunalwahlen, Wahlen zum nationalen Parlament bzw. eine Wahlpflicht wie in Belgien, Luxemburg und Griechenland führen jeweils zu deutlich höheren Beteiligungen 3. Die Bundesrepublik rangiert hier in einem mittleren Feld, wobei im Jahr 2004 mit einer Wahlbeteiligung von 43% ein erneuter historischer Tiefstand erreicht wurde 2.

Innerhalb der föderal organisierten Bundesrepublik zeigen sich deutliche räumliche Unterschiede in den Wahlbeteiligungen, im Jahr 2004 mit Quoten zwischen 27% (Brandenburg) und 58% (Rheinland Pfalz). Diese Differenzen sind zu einem großen Teil auf die gleichzeitigen landesweiten Kommunalbzw. Landtagswahlen in einzelnen Bundesländern zurückzuführen, was eine deutlich höhere Beteiligung an den EU-Wahlen mit sich brachte - im Durchschnitt ein Plus von ca.14%. Sieht man von diesen Besonderheiten ab, zeigt eine genauere Betrachtung jedoch auch ein West-Ost-Gefälle, das mit dem regional unterschiedlichen Stellenwert, der der Europapolitik zugeschrieben wird, in Zusammenhang steht 4. Die geringe Bedeutung der Europawahl aus Sicht der Bevölkerung zeigt sich u.a. darin, dass die Teilnahme regelmäßig deutlich unter der an Landtagswahlen (über 70%) und an der Bundestagswahl (über 80%) liegt.

Eine Erklärung für das in allen Ländern relativ geringe Interesse an den Europawahlen wird in der schwierigen Vermittelbarkeit der Europapolitik an die Bevölkerung gesehen. Fragen nach dem Einfluss und den Befugnissen des Europäischen Parlaments im Rahmen der europäischen Politik, der Vorwurf der "Eurokratisierung", der Bürgerferne und der Unkontrollierbarkeit spielen in diesem Zusammenhang ebenso eine Rolle wie der geringe Bekanntheitsgrad des Europaparlaments in der Öffentlichkeit

## Nationale Wahlergebnisse und politische Gruppierungen

In Europa blickt die internationale Zusammenarbeit politischer Parteien auf eine längere Tradition zurück. Insbesondere gilt dies für die Arbeiterbewegung, die bereits 1864 die erste Internationale Arbeiterassoziation gegründet hat. Demgegenüber erfolgten Vereinigungen der christlich-demokratischen und der liberalen Parteien erst



nach dem Zweiten Weltkrieg. Zur Gründung von konkret europabezogenen Parteienföderationen kam es aber erst vor dem Hintergrund der ersten Direktwahlen zum Europaparlament. Eine Schwierigkeit europäischer Politik ist darin zu sehen, dass sich die verschiedenen Parteienzusammenschlüsse bis heute nicht als starke Akteure im europäischen Integrationsprozess etablieren konnten. Gründe dafür sind einerseits in der unter dem Dach einer Föderation versammelten, inhaltlich-programmatischen Heterogenität zu sehen, die die Handlungsfähigkeit für eine gemeinsame europäische Parteipolitik einschränkt; andererseits darin, dass parteipolitische Inhalte auf der Grundlage spezifischer nationaler Problemlagen und Herausforderungen entwickelt werden und innenpolitische Prioritäten die transnationale Zusammenarbeit er-

Derzeit gibt es länderübergreifend die europäischen Volksparteien (EVP), die sozialdemokratischen (SPE), die liberaldemokratischen (ELDR) und die grünen Parteien (EPG) (vgl. Tabelle in ⑤). Als jüngste europäische Parteienneugründung ist die "Konföderale Fraktion der



Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Straßburg

Entwicklung der Wahlbeteiligung seit 1979
EU-Wahlen und Bundestagswahlen in Deutschland, EU-Wahlen europaweit

in Prozent

100

80

40

1979 1983 1984 1987 1989 1990

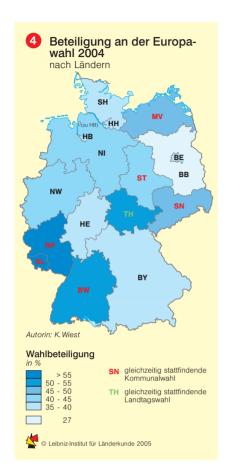
1994 1999 1998 2004 2002

Jahr

EU-Wahl Deutschland

■ EU-Wahl europaweit

© Leibniz-Institut für Länderkunde 2005



Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke" (KVEL/NGL) zu nennen, die sozialistische und kommunistische Parteien vereinigt. Darüber hinaus bilden sich im Parlament ad hoc Fraktionen, die keine europäische Partei als Basis haben und die von Wahl zu Wahl entsprechenden Veränderungen unterworfen sind. Zu diesen gehören die rechtsgerichtete "Fraktion Union für das Europa der Nationen" (UEN) und die "Fraktion für das Europa der Demokratien und der Unterschiede" (EDU), in der sich besonders europakritische Gruppierungen zusammenschließen. Nicht zuletzt beeinflussen die unterschiedlichen nationalen Traditionen im Wählerverhalten die politische Zusammensetzung im Europäischen Abgeordnetenhaus: So entsenden beispielsweise Portugal und Spanien in der Regel vergleichsweise viele SPE-, Deutschland relativ viele EVP-Vertreter, Finnland und die Beneluxstaaten dagegen viele Repräsentanten der liberalen Parteien ins Parlament 6.

Durch die zehn neuen Mitgliedsstaaten hat sich die europäische Wahllandschaft zusätzlich zugunsten der konservativen Parteien gewandelt. Die äußerst geringe Wahlbeteiligung besonders in den osteuropäischen Beitrittsländern und der Bedeutungsgewinn der europakritischen Parteien bei den jüngsten Wahlen machen die wachsenden Vermittlungsprobleme der EU-Politik an die Bürger immer deutlicher.

